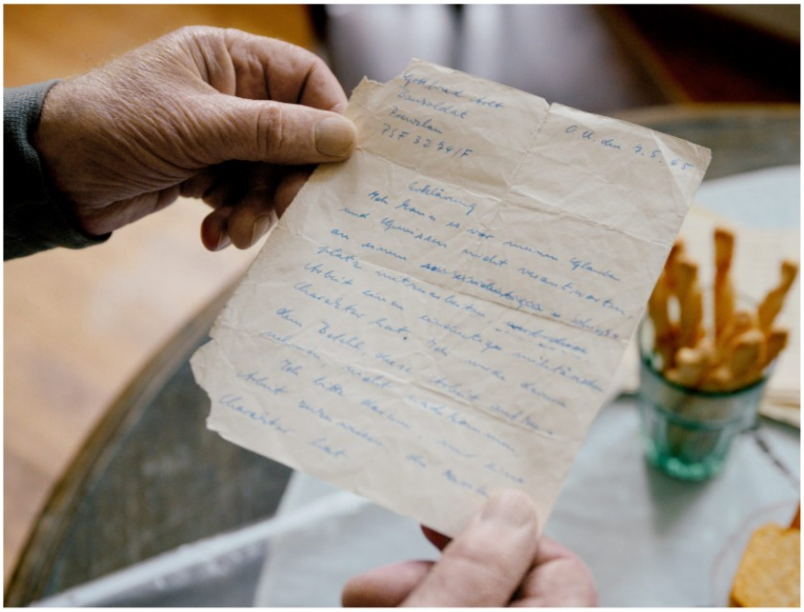
07:21 Samstag 17. Okt. 57 %

Frieden in Uniform

In der DDR gab es die Wehrpflicht, aber keinen Zivildienst. Wer verweigerte, sollte als Bausoldat dienen. Zwei von ihnen erzählen.

Von Markus Wehner, Halle (Saale)/Gera



Vor 61 Jahren verfasst: *Handschriftlich verweigerte Gottfried Arlt im Mai 1965 einen Befehl der NVA. Das Schreiben bewahrt er bis heute in seiner Wohnung in Halle (Saale) auf.*
Foto Ingmar Björn Nolting

Gottfried Arlt nimmt ein Papier zur Hand. Der 87 Jahre alte Pfarrer hat es vor mehr als 60 Jahren handschriftlich verfasst. Damals dient er als Bausoldat in der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR. Arlt liest vor: „Ich kann es vor meinem Glauben und Gewissen nicht verantworten, an einem Schießplatz mitzuarbeiten, weil diese Arbeit einen eindeutigen militärischen Charakter hat. Ich werde darum dem Befehl, diese Arbeit aufzunehmen, nicht nachkommen. Ich bitte darum, mir eine Arbeit zuzuweisen, die zivilen Charakter hat. Ich bin als Christ in meiner Verantwortung vor Gott und meinen Mitmenschen verpflichtet, nichts zu tun, was zum Töten von Menschen führen kann." Das Papier übergab Arlt an den vorgesetzten Offizier.

„Ich bin eigentlich immer Pazifist geblieben", sagt der Pfarrer beim Treffen in seiner Wohnung am Domplatz in Halle an der Saale. Seine Befehlsverweigerung verfasste er im Mai 1965. Er sollte auf dem Kasernengelände der NVA in Prora auf der Insel Rügen Bäume fällen, weil dort ein Schießplatz errichtet werden sollte. Arlt und fünf seiner Kameraden, die sich ebenfalls weigerten, den Befehl auszuführen, bringt das sechs Monate Haft ein. Für Pazifisten hatte die DDR keinen Platz im sozialistischen System vorgesehen. Eigentlich. Doch das erweist sich bald als schwierig.

Anfang 1962 hatte die DDR die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Einen Zivildienst gibt es nicht. Die Kirchen, insbesondere die evangelische Kirche, halten das für falsch. Zugleich teilen Hunderte junge Männer schon bei der Musterung mit, dass sie den Dienst an der Waffe verweigern. Es sind Auszubildende, Handwerker, Theologiestudenten, die meisten evangelische Christen. Die SED-Führung hat ein Problem. Sie muss eine Lösung finden, um die Wehrdienstverweigerer zu kontrollieren, die Bewegung zu kanalisieren, ihr Wachstum zu bremsen. Im September 1964 führt die DDR per Anordnung eine neue Institution in der NVA ein: Bausoldaten.

Die Wehrdienstverweigerer sollen so in die militärischen Strukturen eingebunden werden. Die Bausoldaten müssen zum großen Teil dasselbe tun wie die regulären Rekruten: eine militärische Grundausbildung durchlaufen, zu Gesang marschieren und am Politunterricht teilnehmen, 18 Monate lang. Wer aber bei der Musterung Glaubens- und Gewissensgründe für seine Verweigerung in Anspruch nimmt, muss keinen Dienst an der Waffe leisten. Eine solche Regelung gibt es in keinem anderen Staat des Ostblocks. Für die SED ist es ein Balanceakt. Die Möglichkeit, Bausoldat zu werden, wird öffentlich verschwiegen.

Arlt ist Bausoldat der ersten Stunde. Er tritt seinen Dienst im November 1964 an. Er bewahrt heute noch die Schulterklappe mit dem Spaten auf, der die Bausoldaten kennzeichnete. Der Volksmund tauft sie Spatensoldaten. Arlt stammt aus einer christlichen Familie, „ziemlich pietistisch, fundamentalistisch", wie er sagt. Er studiert damals Theologie in Ostberlin. Der Mauerbau im August 1961 und die Diskussionen darüber in der evangelischen Studentengemeinde hätten ihn politisiert; der DDR steht er kritisch gegenüber, „wie viele Bürger". Den Dienst als Bausoldat sieht er schon zu dieser Zeit als „ziemlich faulen Kompromiss" an. „Aber immerhin hatten wir erreicht, dass so etwas wie ein waffenloser Wehrdienst geschaffen wurde."

Der Dienst soll allerdings nicht attraktiv werden. Bausoldaten zu werden möglichst weit weg von der Heimat eingesetzt. Oft werden Kriegsdienstgegner erst gezogen, wenn sie schon Mitte zwanzig sind. In diesem Alter sind in der DDR schon viele verheiratet und haben oft ein, zwei oder drei Kinder. Viele Bausoldaten leiden unter der Trennung von den Familien. Urlaubssperren werden gezielt genutzt, um sie zu erpressen, zu bestrafen und zu schikanieren. Das habe schlimme psychische Folgen gehabt, bis hin zu Suiziden, sagt Arlt.

Den ersten Konflikt mit dem Staat erlebt Arlt wie die meisten Bausoldaten schon nach sechs Wochen Grundausbildung: Es geht um das Gelöbnis, das die Bausoldaten statt des Fahneneids ablegen müssen. Sie müssen geloben, „durch gute Arbeitsleistungen dazu beizutragen, dass die Nationale Volksarmee an der Seite der Sowjetarmee und der Armeen der mit uns verbündeten sozialistischen Länder den sozialistischen Staat gegen alle Feinde verteidigen und den Sieg erringen kann". Zudem müssen sie versprechen, „den Vorgesetzten unbedingten Gehorsam zu leisten".

Als Christ, so sagt Arlt, gebe es für ihn unbedingten Gehorsam nur gegenüber Gott. Gegenüber den Mitmenschen müsse man aber, wenn nötig, Widerspruch erheben und Widerstand leisten – eine Auffassung, die die meisten Bausoldaten teilen. An seinem Einsatzort in Prora findet das Gelöbnis in der Turnhalle des Armeegeländes statt. Arlt weigert sich teilzunehmen, wie einige andere. „Wir blieben einfach auf unserer Stube", erzählt er. Obwohl sie mit einer harten Strafe rechnen, erfolgt sie in ihrem Fall nicht.

Doch das ändert sich spätestens im zweiten Jahrgang der Bausoldaten. Das bekannteste Beispiel ist Rainer Eppelmann, der spätere Bürgerrechtler, evangelische Pfarrer und CDU-Politiker. Als Bausoldat weigert sich Eppelmann 1966 im Alter von 22 Jahren gemeinsam mit anderen, das Gelöbnis abzulegen. Den jungen Männern wird von einem Staatsanwalt mit mehreren Jahren Haft gedroht. Eppelmann und ein zweiter Bausoldat bleiben dennoch auf der Stube. Sie werden zu acht Monaten Haft verurteilt.

Gottfried Arlt kommt trotzdem ins Gefängnis, für seine Befehlsverweigerung bei den Baumfällarbeiten. Drei Tage wird er in Prora in Arrest genommen, dann in Neubrandenburg vor ein Militärgericht gestellt, zu sechs Monaten Haft verurteilt. Die Haft verbringt er in einem Lager in Berndshof, einem Ortsteil von Ueckermünde, wo sich das zentrale Militärstraflager der DDR befand. Auch Eppelmann wird wenig später in dieses Lager gebracht. In der Nachbarbaracke, so erinnert sich Arlt, waren Zeugen Jehovas untergebracht, die als sogenannte Totalverweigerer jede Wehrpflicht ablehnten. Sie wurden besonders unerbittlich bestraft.

Seine Haftzeit sieht Arlt trotz zum Teil schwerer Arbeit auf Bahngleisen und in einer Tongrube im Nachhinein als Gewinn für sein Leben an. Er habe so Leute kennengelernt, die nicht wie er selbst aus bürgerlichen Familien gekommen seien, sondern oft aus schwierigen Verhältnissen. So habe er seine Scheu vor diesen Leuten verloren und erlebt, dass er mit ihnen ganz normal umgehen könne. Das sei auch für seinen späteren Beruf, als Pfarrer, wichtig gewesen.

Wie fast alle, die während der Zeit als Bausoldat inhaftiert waren, muss Arlt „nachdienen". Die Haftzeit wird nicht auf den Wehrdienst angerechnet. Für Arlt heißt das, sechs Monate länger Bausoldat zu sein als jene, mit denen er eingezogen wurde. Er hat das Glück, auf einer Baustelle bei Löcknitz nahe Pasewalk zu landen, bei der die Bausoldaten im Sommer im Freien arbeiten können und abends Ausgang haben. Arlt schaut heute ohne Groll auf die Zeit zurück. „Ich habe mich nie als Opfer gefühlt, selbst nicht im Knast", sagt er. „Ich wusste ja, warum ich da bin. Und das war so eine Art Freiheitsgefühl, weil man sich nicht untergeordnet hat."

Mitte der Siebzigerjahre ändert die DDR ihren Umgang mit den Bausoldaten. Sie auf wenige Einsatzorte zu konzentrieren, hatte sich als schwierig erwiesen. Denn als Gleichgesinnte bestärken sie sich gegenseitig im Widerstand gegen ihre Behandlung, die sie als ungerecht empfinden. Viele weigern sich, am Bau von Militärobjekten mitzuwirken. Sie schreiben Eingaben an Partei- und Staatsorgane, weisen auf Missstände und Schikanen hin und fordern etwa, ihnen einen Dienst in der Landwirtschaft oder in Sozialeinrichtungen zu übertragen. Sie suchen an ihren Einsatzorten Kontakt zu den örtlichen Pfarrern und Gemeinden, von denen sie unterstützt werden. Arlt erinnert sich an Andachten, die heimlich auf den Stuben abgehalten wurden, und an Kulturabende, auf denen die Bausoldaten „pazifistische Propaganda" verbreiteten, indem sie etwa Friedensgedichte von Bertolt Brecht rezitierten.

Die NVA-Führung beschließt, die Bausoldaten zu vereinzeln. Sie sollen nur in kleinen Gruppen und nicht mehr in militärischen Objekten dienen. Stattdessen sollen sie Hilfsarbeiten in Lazaretten, Altenheimen, Wäschereien oder Ferienlagern übernehmen, als Heizer oder Hausmeister arbeiten. Mit der Zeit überwiegen aus Sicht der Militärführung aber die Nachteile der neuen Regelung. Die Kontrolle der Bausoldaten wird damit schwieriger. Und die NVA-Führung macht den anscheinend leichteren Dienst auch dafür verantwortlich, dass in den Siebzigerjahren die Zahl der Bausoldaten weiter steigt. Im Juni 1982 ergeht der Befehl des Ministers für Nationale Verteidigung, den Einsatz der Bausoldaten wieder zu zentralisieren und sie in Schwerpunkten der DDR-Volkswirtschaft einzusetzen. Dort fehlen billige Arbeitskräfte, etwa in gesundheitsschädlichen Branchen wie der Chemieindustrie oder dem Braunkohleabbau.

Diese letzte Phase der Bausoldaten in der DDR hat Ulrich Kiethe erlebt. Er arbeitet heute als Referent einer evangelischen Regionalbischöfin und freier Dolmetscher, wohnt in einem Pfarrhaus im thüringischen Gera und ist mit einer Pfarrerin verheiratet. Kiethe, heute 63, wächst als Sohn einer Ärztin und eines Lehrers in Dresden auf, die Eltern sind Mitglieder der evangelischen Kirchengemeinde. Die Familie hält Distanz zum DDR-Regime, informiert sich politisch über den Deutschlandfunk; Westfernsehen kann in Dresden nicht empfangen werden. Sie hält Kontakt zu Verwandten in Westberlin und Westdeutschland. Kiethe engagiert sich in der Jungen Gemeinde der evangelischen Kirche. Ein Cousin erzählt ihm von seiner Entscheidung, Bausoldat zu werden. Kiethe beschließt, es ihm gleichzutun, wohl aus einer Mischung aus politischen und religiösen Motiven. Um als Bausoldat akzeptiert zu werden, dürfen gegenüber den Behörden aber nur religiöse oder humanitäre Gründe angegeben werden.

Die Familie hat bereits eigene negative Erfahrungen mit dem DDR-Regime gemacht. Der Vater, Lehrer für Latein und Französisch an einer Erweiterten Oberschule (EOS), dem DDR-Pendant des Gymnasiums, hatte 1972 von einem Verwandten aus München im Westpaket Socken geschenkt bekommen, auf denen in kleiner Schrift die Olympia-Werbung „München 1972" angebracht war. Ein Kollege sah die Klassenfeind-Socken im Lehrerzimmer und meldete das der Schulleitung. Kiethes Vater musste die EOS verlassen und an einer normalen Schule mit zehn Klassen unterrichten, an der es kein Latein gab.

Kiethe selbst wird im Frühjahr 1981, wahrscheinlich wegen seiner Entscheidung, Bausoldat zu werden, zur Staatssicherheit einbestellt. Es ist ein Test, um ihn als inoffiziellen Mitarbeiter anzuwerben. Der Stasi-Mann fragt ihn, ob er es melden würde, wenn es staatsfeindliche Aussagen in seiner Jungen Gemeinde geben würde. Kiethe antwortet, dass er das zuerst mit seinem Jugendpfarrer besprechen würde. Er vermutet, dass er deshalb als unzuverlässig eingestuft wurde, weil er nicht zur Verschwiegenheit taugte. Das Ministerium für Staatssicherheit ließ sogar Diplomarbeiten zu der Frage schreiben, wie sich IM gewinnen ließen, die Bausoldaten bespitzeln sollten. Man müsse sie schon im Alter von 16 bis 18 Jahren anwerben, lautete eine Empfehlung, damit sie das Instrumentarium eines IM erlernten.

Kiethe hatte das Abitur mit 1,0 bestanden. Er hätte gern Informationstechnik studiert, doch wegen seiner Entscheidung, Bausoldat zu werden, ist das aussichtslos. Er entscheidet sich für ein Theologiestudium, wird aber gleich nach dem Abitur eingezogen. Er kommt auf die neue Großbaustelle bei Prora, dem einstigen Kraft-durch-Freude-Areal der Nationalsozialisten, mittlerweile ein Kasernengelände der NVA und militärisches Sperrgebiet. Die Bausoldaten werden dort kaserniert, weil im nahen Mukran bei Sassnitz ein Fährhafen gebaut wird. Von dort soll eine direkte Fährverbindung nach Klaipeda in der Sowjetunion entstehen. Das Projekt hat auch einen militärstrategischen Sinn, weil so der Transport über Polen umgangen wird, das mit der Demokratiebewegung der Solidarność zunehmend als unzuverlässiger Verbündeter im Ostblock gilt.

Die Kompanie der 150 Bausoldaten, in der Kiethe dient, wird nach der Grundausbildung auf die Baustelle geschickt. „Wir waren so eine Art Leiharbeiter, die von der NVA an zivile Firmen vermietet wurden", sagt Kiethe. Man habe das damals so eingeschätzt, dass die NVA einen kleinen Schattenhaushalt erwirtschaftete, der nicht im Verteidigungshaushalt erschienen sei. Insgesamt sind in Prora in den folgenden Jahren bis zu 500 Bausoldaten gleichzeitig im Einsatz, bis 1989 sind es insgesamt rund 3000.

Den Dienst an der Waffe verweigert: *Gottfried Arlt und Ulrich Kiethe, hier im Oktober in Halle und Gera, waren Bausoldaten in der DDR. Seine Schulterklappe hat Arlt heute noch.*
Fotos Ingmar Björn Nolting

Errichtung eines Fährhafens: *Im September 1986 leisteten Bausoldaten Dienst in Mukran auf Rügen.*
Foto Ullstein

Den anderen Soldaten sei eingetrichtert worden, sich von den Bausoldaten fernzuhalten, erzählt Kiethe. „Ihnen wurde erzählt, die Bausoldaten sind alles Verbrecher, die haben alle das Messer unter der Jacke." In Wirklichkeit sei es das genaue Gegenteil gewesen. Unter den regulären Soldaten hätten die Angehörigen des dritten Dienstjahres die neu eingezogenen Rekruten oft brutal schikaniert. Die Bausoldaten, die meist aus kirchlich geprägten Elternhäusern gekommen seien, hätten sich hingegen gegenseitig unterstützt. „Als wir das erste Mal in den Speisesaal gingen, hat einer als Tischgebet einen Kanon angestimmt, und wir haben alle gesungen." Den Offizieren sei vor Schreck der Mund offen stehen geblieben. Zudem organisieren die Bausoldaten theologische und literarische Gesprächskreise. Es gibt einen Posaunenchor und eine Band; Kiethe hat seine schwere E-Orgel mitgebracht. Und es wird offen diskutiert zwischen jenen, die die DDR reformieren wollen, und denen, die sie rundweg ablehnen. Es habe auch Leute aus dem politischen Widerstand gegeben, die in Berlin auf Demos gegangen seien oder auch Kontakt zu West-Journalisten gehabt hätten, sagt Kiethe.

Viele Bausoldaten bleiben nach dem Dienst weiter in Kontakt, beraten Wehrdienstverweigerer, die ihrem Beispiel folgen wollen. Nach den offiziellen 18 Monaten in Prora organisiert Kiethe in Dresden mit sechs anderen Bausoldaten aus seiner Kompanie noch freiwillig einen 19. Monat, um zu zeigen, wie ein Zivildienst aussehen könnte. Im Diakonissen-Krankenhaus in der Elbestadt enttrümmern sie im Mai 1984 einen Flügel des Gebäudes, in dem seit dem Zweiten Weltkrieg der Schutt immer noch nicht beseitigt worden war.

Kiethe und Arlt sind sich unabhängig voneinander einig: Die Bausoldaten hätten viel dazu beigetragen, dass eine Friedens- und Demokratiebewegung in der DDR entstanden sei. Vor allem eine kirchliche Öffentlichkeit konnten sie erreichen. Die Zahl aller Bausoldaten wird auf etwa 15.000 geschätzt. Die Zahl aller, die den Wehrdienst in der DDR verweigerten, liegt indes deutlich höher und könnte 25.000 betragen, schätzen Historiker.

Wie aber sehen die beiden einstigen Bausoldaten die aktuelle Debatte um die Aufrüstung der Bundeswehr und die militärische Unterstützung Deutschlands für die Ukraine? Arlt hält die Entwicklung für gefährlich. „Für mich als Pazifisten, der sich auf die Bibel und die Bergpredigt beruft, ist klar, dass mit Waffen und Gewalt keine Lösung erreicht werden kann." Zwar verstehe er, dass die Ukraine sich gegen den russischen Angriff wehre. Doch müsse man auch sehen, dass Russland sich von der NATO bedroht fühle. Eine große Gefahr sei es, wenn Russland Atomwaffen einsetze. Die Aufrüstung koste zudem viel Geld, sie überfordere den Sozialstaat und sei „ein Weg in die Katastrophe". Die Erfahrung der DDR habe gezeigt, dass man mit gewaltfreiem Widerstand etwas bewirken könne.

Kiethe sieht die Sache anders. „Ich möchte nicht, dass Putin diesen Krieg gewinnt, dass er bestimmt, wer in die EU und wer in die NATO eintreten darf, und dass er in der Ukraine ein System etabliert, wie es in Russland herrscht", sagt er. Und er wehre sich, wenn die Bundesregierung oder die Grünen als Kriegstreiber beschimpft würden. Doch gleichzeitig empfinde er ein Unbehagen, wenn er die Aufrüstung und die Eskalation des Krieges sehe. Zwar halte er es für richtig, dass Deutschland die Ukraine unterstütze. „Aber die Hoffnung, dass man durch militärische Gewalt etwas verbessern kann, da bin ich schon sehr skeptisch", sagt Kiethe. Er stehe letztlich ratlos vor diesem Widerspruch. Der Riss, der durch die Gesellschaft verläuft, trennt auch die ehemaligen Wehrdienstverweigerer der DDR.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Alle Rechte vorbehalten. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine ARCHIV

3/38 8 %